

Wahlprogramm CDU/CSU "Digitalisierung ist Chefsache"

Im Kanzleramt soll es künftig einen Staatsminister für Digitalpolitik und im Kabinett einen Ausschuss Digitalpolitik geben - das verkündet die CDU/CSU in ihrem Programm für die anstehende Bundestagswahl. Die Sanierung von Autobahnen und Brücken will die Partei ebenfalls vorantreiben.

Digitalisierung

"Digitalisierung ist Chefsache", erklären CDU/CSU. Deshalb soll es im Kanzleramt künftig einen Staatsminister für Digitalpolitik und im Kabinett einen Ausschuss Digitalpolitik geben. Die Kanzlerin soll einen Nationalen Digitalrat ins Leben rufen, der den Austausch von Politik und externen Experten fördert.

Wahlprogramm SPD „Alternative Antriebe für die Innenstadt“

Die SPD prangert Lärmbelastung und schlechte Luftqualität an und fordert den Umstieg auf alternative Antriebe bei innerstädtischen Lieferfahrzeugen sowie den Einsatz von Lastenrädern. Zudem soll es "ambitionierte Grenzwerte" für den Schadstoffausstoß von Fahrzeugen geben.

Digitalisierung

Industrie 4.0 soll ein Erfolgsmodell werden, heißt es. Kleine und mittlere Unternehmen sollen Zuschüsse für ihre digitale Ausrüstung erhalten. Auch wirbt die SPD für eine flächendeckende digitale Infrastruktur. "Breitband für alle" heißt das Ziel. Eine Datenübertragung von mindestens 50 Megabit pro Sekunde soll ein Zwischenschritt bis 2018 sein. Das Ziel sind Gigabyte-Netze,

Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen „Die Grünen läuten das Ende des Verbrenners ein“

"Zu einer intelligenten Mobilität gehören Autos ohne Abgase", erklären die Grünen in ihrem Wahlprogramm. Darum sollen ab 2030 nur noch abgasfreie Fahrzeuge zugelassen werden. Zudem setzt die Partei auf das Prinzip "Schiene vor Straße".

Digitalisierung

Die Grünen sehen die Chancen der Digitalisierung im Sinne einer besseren Lebensqualität. Andererseits berge die Digitalisierung die Gefahr von Überwachung und ständiger Erreichbarkeit. Für Innovationen, eine bessere digitale Infrastruktur und mehr IT-Sicherheit sei daher mehr Regulierung erforderlich. "Wir setzen auf klare rechtliche Vorgaben, wollen aber auch Anreize für Firmen schaffen, in gute und sichere IT-Lösungen

Wahlprogramm FDP „Netz und Betrieb trennen“

Die Freien Demokraten plädieren für einen stärkeren Wettbewerb auf der Schiene und fordern daher die Trennung von Netz und Betrieb. Momentan könne die Bahn Wettbewerber benachteiligen.

Digitalisierung

Die Chancen der Digitalisierung nutzen, heißt es bei den Liberalen. "Wir verstehen uns als Anwalt der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung." Sie werben für einen digitalen Binnenmarkt, der jährlich offenbar 415 Milliarden Euro erwirtschaften und Hunderttausende Arbeitsplätze schaffen könne. Noch gebe es im digitalen Bereich aber viele Hindernisse beim Grenzübergang.

Um die Voraussetzungen für eine Gigabyte-Gesellschaft zu schaffen, will die Union den Glasfaserausbau vorantreiben. Deutschland soll Leitmarkt für 5G-Mobilfunk werden, 2025 soll der Standard flächendeckend verfügbar sein.

Europa

"CDU und CSU wollen ein starkes, selbstbewusstes und dynamisches Europa", heißt es. Die Union sieht Europa als Garant für Frieden, Sicherheit und Wohlstand an. Europa sei aber auch eine Wertegemeinschaft. Daher werde mit Blick auf die aktuelle Situation in der Türkei eine Mitgliedschaft in der EU abgelehnt. Beim Brexit fordert die Partei Konsequenz: Wer die Union verlässt, könne nicht weiter von allen Vorteilen der Gemeinschaft profitieren. Betont wird vor allem die Bedeutung der deutsch-französischen, aber auch der deutsch-polnischen Freundschaft innerhalb der EU.

bis 2025 sollen 90 Prozent der Gebäude daran angeschlossen sein. An öffentlichen Einrichtungen soll es offene und kostenfreie WLAN-Hotspots geben.

Europa

Die SPD bekennt sich zu Europa. Sie will die gemeinsame europäische Idee weiter stärken. "Auch wenn manches zu verbessern ist: In keiner Region auf der Welt leben Menschen so frei, demokratisch, friedlich und sicher wie in Europa." Die SPD stellt sich gegen anti-europäische Strömungen und kämpft für mehr europäischen Zusammenhalt. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Flüchtlingsbewegungen habe das Vertrauen in die EU aber gelitten. Die EU müsse flexibler werden, und Großbritannien dürfe als Nicht-Mitglied künftig auch nicht mehr die Vorteile der Union genießen.

zu investieren." Die Grünen setzen auf schnelles Internet und den Glasfaserausbau. Wo 5G angeboten werde, müsse es auch freies und flächendeckendes WLAN geben.

Europa

Die Grünen bekennen sich zu Europa. "Ohne ein vereintes Europa wird es für uns alle weder Frieden noch Wohlstand noch Sicherheit geben." Doch fordert die Partei eine Kurskorrektur – zugunsten von Partnerschaften und Solidarität und zu Lasten einseitiger Sparpolitik. Die Grünen verlangen ferner mehr Transparenz für die Bürger und mehr Entscheidungsrechte für die nationalen Parlamente.

Europa

"Europa bleibt unsere Zukunft", erklärt die FDP. Aggressiver Nationalismus führe in die Sackgasse. Doch müssten die Schwächen Europas behoben werden. Das EU-Parlament soll daher aufgewertet, die Zahl der Kommissare verkleinert werden. Es brauche einen effektiveren Schutz der Außengrenzen und eine bessere Sicherheitspolitik. Jeder Mitgliedstaat müsse weiterhin seine eigene Arbeitsmarktpolitik und sein eigenes soziales Sicherungssystem betreiben dürfen. Einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung erteilen die Liberalen eine Absage.

Verkehr

Die Union weist darauf hin, dass die Verkehrsinvestitionen in der laufenden Legislaturperiode um 40 Prozent gestiegen sind. "Auf dieser Politik bauen wir auf." CDU/CSU wollen die Sanierung von Autobahnen und Brücken vorantreiben, Lücken schließen und die Planungsverfahren für Verkehrsprojekte beschleunigen. Lkw sollen mit nicht-abschaltbarer automatischer Notbremse ausgestattet werden. Der Güterverkehr soll gestärkt werden, indem die Vernetzung der Verkehrsträger verbessert wird und die Trassenpreise auf der Schiene sinken. Der Lärmschutz soll eine größere Rolle spielen.

Verkehr

Vorfahrt für Investitionen, heißt es. "Wir wollen moderne Straßen, Schienen, Wasserstraßen und Luftverkehr, die eine digitale, schadstoffarme und sichere Mobilität für alle ermöglichen." Explizit genannt werden Investitionen in Straßen und Brücken durch Mittel aus der Lkw-Maut. Eine Gebührenpflicht für Lkw unter 7,5 Tonnen lehnt die SPD ab – "weil sie vor allem Handwerksbetriebe belasten würde". Ebenso ausgeschlossen ist eine Privatisierung der Verkehrsinfrastruktur. Die Bahn soll attraktiver werden – weshalb auch die Trassenpreise sinken sollen. Das Binnenschiff soll "als umweltfreundliche Alternative zum Lkw" ebenso gefördert werden.

Verkehr

Den Grünen ist die Verkehrspolitik zu einseitig auf die Straße ausgerichtet. Sie setzen auf das Prinzip "Schiene vor Straße". Soll heißen: Die

Verlagerung auf die Bahn soll vorangetrieben werden, Güterverkehre auf der Schiene billiger werden. Das Schienennetz müsse von den Transporttöchtern der DB getrennt werden. Lkw ab 3,5 Tonnen und das gesamte Straßennetz sollen der Mautpflicht unterliegen. Lang-Lkw lehnt die Partei generell ab. Die Grünen fühlen sich dem Lärmschutz verpflichtet und setzen sich für Ausgleichsmaßnahmen ein: "An den Bundesverkehrswegen wollen wir eine Million neuer Bäume pflanzen", heißt es.

Verkehr

Mit Sorge sieht die FDP, dass "Staus, kaputte Straßen und fehlende Verbindungen allgegenwärtig" sind. Daher will sie die Investitionen in die Verkehrswege erhöhen. Sie wirbt für einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur, in den der Bund in den nächsten 20 Jahren jeweils zwei Milliarden Euro einzahlen soll. Sie macht sich auch für eine beschleunigte Planung von Verkehrsprojekten und ÖPPs stark. Eine Pkw-Maut lehnen die Liberalen ab, weil die Einnahmen in keinem Verhältnis zu den Kosten stünden. Der Lang-Lkw soll fahren dürfen, sofern die Strecken baulich dafür geeignet sind. Auf der Schiene soll es mehr Wettbewerb geben, weshalb die FDP die Trennung von Netz und Betrieb fordert. "Momentan kann die Bahn Wettbewerber benachteiligen."

Antriebskonzepte

Die Union bekennt sich zu alternativen Antrieben. "Wir unterstützen die Antriebswende im Verkehr und verfolgen eine technologieoffene Gesamtstrategie zur Förderung des Markthochlaufs alternativer Kraftstoffe und Antriebe wie der Elektromobilität und der Brennstoffzelle." Sie will die E-Mobilität vor allem in den Städten deutlich ausbauen. Generelle Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen in Städten lehnt die Union ab.

Antriebskonzepte

Ziel ist der Ausbau der Elektromobilität, es soll "ambitionierte Grenzwerte" für den Schadstoffausstoß von Fahrzeugen geben. Die SPD prangert Lärmbelastung und schlechte Luftqualität an und fordert den Umstieg auf alternative Antriebe bei innerstädtischen Lieferfahrzeugen sowie den Einsatz von Lastenrädern.

Antriebskonzepte

"Zu einer intelligenten Mobilität gehören Autos ohne Abgase", erklären die Grünen. Sie läuten das Ende des Verbrennungsmotors ein. Ab 2030 sollen nur noch abgasfreie Fahrzeuge neu zugelassen werden. "Wir schaffen die steuerlichen und infrastrukturellen Voraussetzungen für die emissionsfreie Mobilität der Zukunft."

Antriebskonzepte

Die FDP steht neuen Technologien offen gegenüber, warnt aber vor Festlegungen, zum Beispiel auf die E-Mobilität. "Wir sehen in staatlicher Investitionslenkung, wie beispielsweise der zwangsweisen Einführung von Elektroautos durch ein Verbot von Verbrennungsmotoren, keine geeignete Klimaschutzstrategie."

Energie/Umwelt

Die Union hebt die Bedeutung des Pariser Klimaschutzabkommens hervor. In Deutschland habe man die Energiewende erfolgreich eingeleitet. Den Ausstieg aus der Kernenergie will sie bis 2023 abschließen. Der Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien sei schon erheblich vorangekommen. Fest steht für die Christdemokraten, dass die Energieversorgung sicher, bezahlbar und sauber sein muss.

Energie/Umwelt

Die SPD steht zum Pariser Klimaschutzabkommen und will auf dessen Basis einen Klimaschutzplan 2050 entwickeln. Sie zeigt sich technologieneutral und innovationsoffen. Die Energiewende vollenden heißt für die Partei auch: "Spätestens 2050 müssen wir Energie weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen."

Energie/Umwelt

Geht es nach den Grünen, muss Deutschland seine Klimaschutzziele ohne Wenn und Aber einhalten. "Bis zum Jahr 2050 wird die Energieversorgung auch für Gebäude, Mobilität und Industrie ausschließlich aus erneuerbaren Energien erfolgen", heißt es. Die Stromsteuer soll zugunsten einer CO₂-Bepreisung abgeschafft werden. Der Ausstieg aus der Kohleförderung soll ebenfalls kommen. "Die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke schalten wir sofort ab."

Energie/Umwelt

"Wagen wir einen Neustart bei der Energiewende", wirbt die FDP. Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz müssten in Einklang gebracht werden. "Wir setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein, auch wenn auf fossile Energieträger auf absehbare Zeit nicht verzichtet werden kann."

Steuern

"Wir wollen keine Steuererhöhungen", betont die Union. Sie würden Facharbeiter und den Mittelstand treffen. Der Soli soll fallen – schrittweise ab 2020. Die Einkommenssteuer soll sinken. Ein Volumen von 15 Milliarden Euro soll Familien, Arbeitnehmern, Handwerk und Mittelstand zugutekommen. Den Spitzensteuersatz wollen CDU/CSU erst bei Einkommen von 60.000 Euro anwenden. Sie sind gegen eine Vermögenssteuer und gegen Veränderungen bei der Erbschaftssteuer. Kommen soll eine Finanztransaktionssteuer innerhalb der EU. Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten Deutschlands dürfe es dabei aber nicht geben.

Steuern

Die Sozialdemokraten haben sich der Steuergerechtigkeit verschrieben: Entlastung von Geringverdienern sowie von Familien durch Kinderbonus und erweitertes Kindergeld. Im Gegenzug Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent, fällig ab 76.200 Euro (bzw. 152.400 bei Ehepaaren) und Einführung einer Reichensteuer von drei Prozent auf den Spitzensteuersatz bei Einkommen ab 250.000 Euro (Ledige). Kommen soll auch eine Umsatzsteuer für Finanzprodukte, die Erbschaftssteuerreform soll im Sinne von mehr Gerechtigkeit neu angepackt werden. Steuerhinterziehung und -betrug will die SPD stärker bekämpfen.

Steuern

Die Grünen werben für eine faire und ausgleichende Steuerpolitik. Überhöhten Gehältern und Abfindungen will sie einen Riegel vorschieben. Sie wollen die steuerliche Abzugsfähigkeit von Abfindungen bei einer Million Euro deckeln, bei Gehältern bei 500.000 Euro im Jahr. Obgleich die Grünen "Superreiche" stärker in die Pflicht nehmen wollen, möchten sie den Erhalt von Arbeitsplätzen damit nicht behindern. Ebenso wollen die Grünen Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen. Alle internationalen Unternehmen ab einer gewissen Größe wollen sie verpflichten, ihre Gewinne und Steuerzahlungen nach Staaten offenzulegen.

Steuern

Familien und Alleinerziehende sollen durch höhere Kinderfreibeträge entlastet werden, Pflege- und Betreuungsleistungen sollen stärker berücksichtigt werden.

Die FDP will der kalten Progression zu Leibe rücken, den Soli abschaffen und die Erbschaftssteuer gerechter gestalten. "Für Unternehmer ist eine Besteuerung der Unternehmenssubstanz schädlich", heißt es. Daher lehnt die FDP eine Vermögenssteuer und weitere Verschärfungen bei der Erbschaftssteuer ab.

Formulierungen aus:

<http://www.eurotransport.de/themen/bundestagswahl-2017-9190502.html>